

E
5362

Termine:

~~24.1.54, 11 1/4~~

~~17.2.54, 10~~

~~14.4.54, 11~~

~~19.6.54, 11 3/4~~

~~8.7.54, 10 1/4~~

Landgericht Hamburg
Wiedergutmachungskammer

2

16. Nov. 1954

Rückerstattungssache

Menke, Frau Johanna, New York

Berechtigte

als Executrix für den Nachlaß d. verstorb. Arthur Menke

Bevollmächtigte: RAe. Dr. Krauel, Dr. Burchard-Molz, Dr. Deuchler, Vollmacht Bl.
Dr. Krauel, Hamburg 36, Poststr. 2

gegen

1.) Fraundorfer, Brigitte, Hbg. 13, Tesdorpfstr. 14

Rückerstattungs-
pflichtige

2.) Ehrhardt, Frau Gertrud, Hamb. 39, Leinfod 76,
(act. 14)

Bevollmächtigte: zu 2.): RAe. Dr. Tiefenbacher pp.
Berodw. zu 1.): RA. Günter Trautmann

Vollmacht Bl. 26

Vollm. Bl. 28

Betr. Rückerstattung:

div. Kunstgegenstände

Wertfestsetzung Bl. 55 R.

Weggelegt 19 57

- Aufzubewahren: - bis 19 85

- dauernd -

2 WiK 611 / 1953

V/Z. 1547-19-

Dr. Max Krauel
Dr. H. Burchard-Motz
Dr. Werner Deuchler
Dr. Otto Krauel
RECHTSANWÄLTE

Bankkonto:
Commerz- und Disconto-Bank A.G.
unter Dr. Max Krauel
Postcheckkonto: Hamburg 670 80
Drahianschrift: Legatiler

DG



Hamburg 36, den
Poststraße 2, Ecke Neuer Wall
Fernsprecher: Sammler, 34 86 41

1. Aug. 1953

An das

Wiedergutmachungsamt

H a m b u r g



III (V) /Z 1547 -3-

Antrag auf Rückerstattung
in Sachen

Frau Johanna M e n k e
225 West 86th Street,
New York, N.Y., U.S.A.,

Antragstellerin,

Prozessbevollmächtigte: Rae.Dres.Krauel, Burchard-Motz,
Deuchler, Krauel, Hamburg 36, Poststrasse 2,

gegen

Frau Brigitte F r a u n d o r f e r ,
Hamburg 13, Tesdorpfstrasse 14,

Antragsgegnerin.

Es wird beantragt,

die Rückerstattung folgender
Gegenstände anzuordnen:

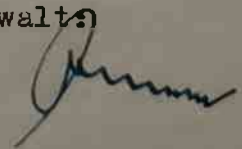
- | | |
|--|-----------------------------------|
| 1.) 1 Deckeltasse | 6.) 1 Tasse |
| 2.) 1 Tasse | 7.) 1 Tasse |
| 3.) 1 Fayence-Terrine
ohne Deckel mit
Teller | 8.) 1 Tasse |
| 4.) (3 Tassen mit
Doppelhenkel) | 9.) 6 Tassen ohne
Untertassen. |
| 5.) 1 Tasse | |

Antragstellerin ist ausweislich einer Bescheinigung des Staates New York vom 19. Dezember 1946, Reg.Nr.A 951 813, Alleinerbin ihres am 8. Juni 1944 in New York verstorbenen Ehemannes, Herrn Arthur Menke. Als jüdische Mitbürger gehörten Herr und Frau Menke zu dem in Art. 1 REG umschriebenen Personenkreis. Unter dem Zwang der Nazizeit mußten sie ihren bisherigen Wohnsitz Hamburg im Jahre 1940 verlassen.

Herr Arthur Menke war Eigentümer einer bedeutenden Sammlung von Kunstgegenständen, u.d. der im vorstehenden Antrag näher bezeichneten Gegenstände. Vor seiner Auswanderung aus Deutschland bemühte sich der Erblasser um die erforderliche Genehmigung zur Mitnahme der ihm gehörenden Kunstgegenstände. Seine Bemühungen waren vergeblich. Der gesamte Kunstbesitz wurde vielmehr beschlagnahmt und ausweislich Protokoll des Gerichtsvollziehers Bobsien am 17., 18. und 19. Dezember 1942 im Auftrage des Oberfinanzpräsidenten, Vermögensverwertungsstelle öffentlich versteigert.

Ausweislich des Versteigerungsprotokolls hat die Antragsgegnerin die im Antrag näher bezeichneten Gegenstände erworben. Sie ist daher gemäß Rückerstattungsgesetz zur Rückerstattung verpflichtet.

Für die Antragstellerin:
Der Rechtsanwalt



Wiedergutmachungsamt
beim Landgericht Hamburg

V 1547-19-

Aktenzeichen: Z

(Bitte bei allen Eingaben angeben!)

Hamburg 36, den 8. August 1953
Sievekingplatz Ziviljustizgeb. (Anbau)
III. Stock, Zim. 837a - Telefon XXXX 351091

Frau
Brigitte Traundorfer
Hamburg 13

Tesdorpfstrasse 14

8.8.1953 La.

8. Aug 1953

Nachfolgendes Schreiben ist für

bestimmt. Es wird Ihnen als

des — der Genannten

zugestellt. Ihre Befugnis für den — die Genannte — zu handeln, ist bereits nachge-
wiesen — muß noch nachgewiesen werden

1. Wegen des von Frau Johanna Menke, New York,
als Rechtsnachfolger des — der Arthur Menke
vertreten durch RAe. Dres. Krauel, Burchard-Motz, Deuchler, Krauel,
Hamburg 36m Poststr. 2
geltend gemachten Anspruchs wegen Entziehung des — der folgenden Vermögenswerte
wird das förmliche Rückerstattungsverfahren eröffnet.

diverse Kunstgegenstände gemäss beif. Schreiben der
RAe. Dres. Krauel, Burchard-Motz, Deuchler, Krauel, Hamburg,
vom 1.8.1953

2. Der Anspruch wird Ihnen bekanntgegeben.

a) weil Sie den — die beanspruchten Vermögenswert e besitzen und darüber verfügen
können, so daß Sie als Rückerstattungspflichtiger im Sinne des Art. II REG in Frage
kommen,

~~b) weil Sie den — die beanspruchten Vermögenswert früher inne gehabt haben und
deshalb gemäß Art. 25 REG möglicherweise verpflichtet sind, eine als Ersatz für den
— die Vermögenswert erlangte Entschädigung herauszugeben oder eine Forderung
darauf abzutreten,~~

~~c) weil sie als~~

~~durch eine Rückerstattungsanordnung der beantragten Art in Ihren Rechten betroffen
werden könnten,~~

~~d) gemäß Art. 53 Abs. 1 Satz 3 REG,~~

3. Falls Sie der Rückerstattung widersprechen oder ihr nur unter bestimmten Voraus-
setzungen zustimmen wollen, müssen Sie das binnen 2 Monaten nach Zustellung dieses
Schreibens erklären. Eine solche Erklärung wäre in 3 facher Ausfertigung einzureichen.
Auch wenn Sie sich schon früher geäußert haben, so ist die neuerliche Abgabe einer
Erklärung nicht entbehrlich.

Falls innerhalb der vorbezeichneten 2-Monatsfrist keine solche Erklärung von Ihnen
eingeht, kann das Wiedergutmachungsamt die tatsächlichen Behauptungen des Antrag-
stellers als richtig ansehen und wird dementsprechend möglicherweise die beantragte
Rückerstattung ⁴ Herausgabe des Ersatzes — anordnen.

2) w.v. 2 Mon.

gex

Beschied:

Justizmessenger

Dr. Max Krauel
Dr. H. Burchard-Motz
Dr. Werner Deuchler
*Dr. Otto Krauel
RECHTSANWÄLTE

DPr.

Hamburg 36, den 7. Dezember 1953
Poststraße 2, Ecke Neuer Wall
Fernsprecher: Sammelnr. 34 86 41

An das

Wiedergutmachungsamt beim
Landgericht Hamburg

Bankkonto:
Commerz. und Disconto-Bank A. G.
unter Dr. Max Krauel
Postcheckkonto: Hamburg 670 80
Druckerschrift: Legatiter

V/Z 1547 - 19 -

Schriftsatz

in Sachen

Menke

gegen

Fraundorfer

/Dres. Krauel, Burchard-Motz,
Deuchler, Krauel/

Die Antragsgegnerin hat für die strittigen Gegen-
stände folgende Beträge gezahlt :

	<u>Meistgebot</u>	<u>Kav. Geld.</u>
1) 1 Deckeltasse	M. 160.--	M. 24.--
2) 1 Tasse	88.--	13.20
3) 1 Fayence-Terrine ohne Deckel mit Teller	500.--	75.--
4) (3 Tassen mit Doppelhenkel) <i>mt.</i>	920.--	138.--
5) 1 Tasse	90.--	13.50
6) 1 Tasse	19.--	2.85
7) 1 Tasse	60.--	9.--
8) 1 Tasse	200.--	30.--
9) 6 Tassen ohne Untertassen	20.--	3.--
	<u>M. 2057.--</u>	<u>M. 308.55</u>

Für die Antragstellerin:
Der Rechtsanwalt :

[Handwritten signature]

Landgericht Hamburg

(24a) Hamburg, den 21. Januar 1954

2. Wiedergutmachungskammer

Aktenzeichen: 2 Wik 611/53

V/2. 1547 - 19

Öffentliche Sitzung

*1. Protok. Abschr.
Aust. z. Zust./Absendg.
ab am 23. Jan. 1954*

In der - Rückerstattungs - Sache -

Gegenwärtig:

Landgerichtsdirektor Dr. Roscher

als Vorsitzender,
Amts

Landgerichtsrat Ehrhardt

Gerichtsassessor Fürstenau

"

als Beisitzer.

Luschei, JA.

Johanna Menke

Bev.: RAe. Dres. Krauel, Burchard-Motz,
Deuchler pp, Hamburg

gegen

F r a u n d o r f e r

als Urkundsbeamter
der Geschäftsstelle

erschieden bei Aufruf

für Antragsteller RA. Dr. Deuchler

für Antragsgegner niemand

Der Vertreter der Antragstellerin erklärte, dass er in erster Linie Natural-Restitution und hilfsweise Schadensersatz verlange.

Nach Verhandlung

beschlossen und verkündet:

Die Sache wird zwecks Aufklärung an den Berichterstatter als Einzelrichter verwiesen.

Roscher

Luschei

Dr. Max Krauel
Dr. H. Burchard-Motz
Dr. Werner Deuchler
Dr. Otto Krauel
RECHTSANWÄLTE

Bankkonto:
Commerz- und Disconto-Bank A.G.
unter Dr. Max Krauel
Postcheckkonto: Hamburg 670 80
Drahtanschrift: Legaliter

DPr.

17
Hamburg 36, den 26. Januar 1954
Poststraße 2, Ecke Neuer Wall
Fernsprecher: Sammelnr. 34 86 41

An das

Landgericht Hamburg
2. Wiedergutmachungskammer

2 Wik 611 / 53

Schriftsatz

in Sachen

Menke

gegen

Fraundorfer

/Dres. Krauel, Burchard-Motz,
Deuchler, Krauel/

Wie bereits vorgetragen, hat die Antragsgegnerin die streitigen Gegenstände für einen Betrag von RM. 2.365.55 erworben. Unter Berücksichtigung der damaligen und der heutigen Marktverhältnisse ist anzunehmen, dass die im Streit befindlichen Gegenstände heute einen Wert von RM 1.150.-- haben würden.

Da die Antragsgegnerin trotz wiederholter Aufforderungen und Terminsanberaumungen dem Rückerstattungsbegehren nicht stattgegeben hat, ist anzunehmen, dass die Antragsgegnerin weder in der Lage ist, die Gegenstände in Natur zurückzuerstatten, noch sich zu exkulpieren.

Es wird daher, gestützt auf § 26 II REG, der Hilfsantrag gestellt,

die Antragsgegnerin zur Zahlung von Schadensersatz in Höhe von RM 1.150.-- zu verurteilen.

Für die Antragstellerin:
Der Rechtsanwalt

[Handwritten signature]

V.
1) Beschr. am H. z. K.
2) zum Termin

13./2. 54

fr.

in 1/ ab
1572.54 Sum

Aktenzeichen: 2 Wik 611/53

V/2. 1547 - 19

Öffentliche Sitzung

In der - Rückerstattungs - Sache -

Gegenwärtig:

~~Landgerichtsrat~~

~~Landgerichtsrat~~

~~Landgerichtsrat~~

Gerichtsassessor Fürstenau

Johanna Menke

Bev.: RAe. Dres. Krauel, Burchard-Motz,
Deuchler, Krauel, Hamburg

gegen

als ~~Beisitzer~~ Einzelrichter

Fraundorfer

Luschei, JA.

als Urkundsbeamter

der Geschäftsstelle

erschieden bei Aufruf

für Antragsteller RA. Dr. Deuchler

die ~~für~~ Antragsgegnerin persönlich

Die Antragsgegnerin persönlich erklärte: Es ist richtig, dass ich im Jahre 1942 anlässlich einer Versteigerung bei dem Gerichtsvollzieher Bobsien die aus der Akte näher angegebenen Gegenstände ersteigert habe.

Im einzelnen möchte ich aber folgendes vortragen: Die 3 Tassen mit Doppelhenkel unter Ziffer 4 habe ich seinerzeit im Auftrage von Herrn Ehrhardt, Hamburg 39, Leinpfad 76, gekauft und an ihn auftragsgemäss liefert.

liefert. Ich habe von Herrn Ehrhardt RM 920.-- erhalten. Ich bin mit der Familie Ehrhardt befreundet. Herr Ehrhardt ist Mitte Dezember 1953 gestorben. Die Sachen befinden sich aber noch im Besitze der Witwe Frau Gertrud Ehrhardt, wohnhaft Leinpfad 76.

Die Sachen 1, 2, 3, 5, 6, 7, 8 und 9 sind in meinem Besitz geblieben. Ich habe jedoch am 13.4.1945 einen Teilbombenschaden Tesdorpfstr. 14 erlitten. Hierbei sind die sämtlichen hier im Streit befindlichen Gegenstände zerstört worden. Es kann auch möglich sein, dass die Gegenstände nicht zerstört, sondern gestohlen worden sind. Ich bin nämlich bei dem fraglichen Angriff durch Glassplitter infolge Minenabwurfs nicht unerheblich im Gesicht und am Oberschenkel verletzt worden. Ich habe lange auf dem Fussboden gelegen. Ich bin am Morgen gegen 1/2 6 Uhr in das Barmbekerkrankenhaus transportiert worden und habe hier etwa 3 Wochen gelegen. Als ich in meine Wohnung zurückkehrte, stellte ich fest, dass die Wohnung durch die Bombenangriffe sehr stark gelitten hatte; insbesondere sind auch meine Möbel stark in Mitleidenschaft gezogen worden. In derselben Nacht wohnten auch mein Schwager der Baudirektor Hans K a u k e und seine Ehefrau bei mir, da sie bereits zu diesem Zeitpunkt ausgebombt waren. Dieses Ehepaar kann ich als Zeugen dafür benennen, in welchem Umfange Zerstörungen in meiner Wohnung aufgetreten sind. Die Zeugen wohnen: Hamburg-Wandsbek, Holstenhofweg 41 a.

Irgendwelche Anträge bei der Feststellungsbehörde habe ich nicht gestellt, da ich der Meinung war, dass ich doch nichts erhalten würde.

Auf Vorhalt des Vertreters der Antragstellerin: Ich habe mit Kunstgegenständen dieser Art niemals gehandelt. Ich habe die hier in Frage stehenden Gegenstände deshalb auch nicht etwa verkauft, sondern habe lediglich die 3 Tassen mit Doppelhenkel an Herrn Ehrhardt auftragsgemäss weitergeleitet.

geleitet.

Unter Verzicht auf Vorlesung genehmigt.

Beschlossen und verkündet:

Als Antragsgegnerin zu 2) wird Frau Gertrud E h r h a r d t, Hamburg 39, Leinpfad 76, in das Verfahren einbezogen.

Der Vertreter der Antragstellerin und die Antragsgegnerin zu 1) erörterten Vergleichsmöglichkeiten.

Der Vertreter der Antragstellerin regte an, dass die Antragsgegnerinnen zur Abgeltung aller in diesem Verfahren geltend gemachten Ansprüche einen Betrag von DM 400.-- an die Antragstellerin zahlen.

Beschlossen und verkündet:

1. Den Antragsgegnerinnen wird nachgelassen, sich auf den Vergleichsvorschlag des Vertreters der Antragstellerin innerhalb von 4 Wochen zu äussern.
2. Nach Fristablauf bzw. nach Eingang der Erklärungen der Antragsgegnerinnen ergeht eine weitere prozessleitende Anordnung von Amts wegen.

Zürcher

Lincher

V.

- 1) Auf. an Part. (V.)
- 2) Einkass. an Ab. zu 2) (fremd: Herausgabe von Gegenständen)
- ✓ 3) Einkass. zurückständigen
- 4) 1 Monat ~~1/4~~

un 1) 2x ab
un 12.54
202) fff. ~~1/354~~ (un/66) ~~1/354~~ ~~1/354~~

18./2.54
Z.

GÜNTER TRAUTMANN
RECHTSANWALT

Zugelassen bei dem Hanseatischen Oberlandes-
gericht, dem Land- und Amtsgericht Hamburg
Bankkonto: Norddeutsche Bank in Hamburg
Depositenkasse Mittelweg

Postscheckkonto: Hamburg 1 404 02
Sprechstunde: Nach Vereinbarung

Gegner hat Abschrift



HAMBURG 13,
Johnsallee 2
Fernruf: 44 31 69

27
22. März 1954

An das
Landgericht
2. Wiedergutmachungskammer
Hamburg.

2 Wk 611/53
V/3.1947 - 19

In der Rückerstattungsache

M e n k e gegen
/RAe. Dres. Israel, Burchard-
Mutz, Deuchler, Israel/

Frauendorfer
/ RA.G. Trautmann/

Q.
für 5.11.20.25

7.24/13.

Frau Gertrud Ehrhardt
/RAe. res. Tiefenbacher, Framhein, Steeger, Tiefenbacher

zeige ich an, dass ich die Antragsgegnerin vertrete. Vollmacht
wird anliegend überreicht.

Der von der Antragstellerin vorgeschlagene Vergleich kann in der
angeregten Form nicht angenommen werden.

Die unter Ziff. 4) des Antrages vom 1.8.1953 aufgeführten 3 Tas-
sen mit Doppelhenkel hat die Antragsgegnerin nicht im eigenen
Namen gekauft. Sie hat bereits bei ihrer mündlichen Anhörung
erklärt, dass sie lediglich im Auftrage des mit ihr befreundeten
Herrn Ehrhardt gehandelt habe und dass sie die Tassen unverzüg-
lich an Herrn Ehrhardt ausgeliefert hat.

Die anderen Gegenstände sind, wie die Antragsgegnerin bei ihrer
Anhörung glaubhaft vorgetragen hat, anlässlich eines Bombenan-
griffs, bei dem sie verletzt und ihr Haushalt erheblich in Mit-
leidenschaft gezogen worden ist, beschädigt und zerstört worden.

21 Beweis: Zeugnis der Eheleute Baudirektor
Hans K a u k e ,
Hamburg - Wandsbek, Holstenhofweg 41 a.

Die Antragsgegnerin kann auch nachweisen, dass durch die
Explosion einer Bombenmine gegenüber ihrer Wohnung an der Ecke
Fontenay/ Mittelweg mehrere Häuser zerstört und die benachbarten
Häuser erheblich beschädigt worden sind. Durch den Luftdruck ist
ihre Wohnung durchgeweht worden und dabei sind fast sämtliche
Glassachen entzwei gegangen. Da die Antragsgegnerin verletzt in
das Krankenhaus gebracht werden musste, kann auch die Möglichkeit
des Diebstahls nicht ausgeschlossen werden.

Mit dem angebotenen Beweis wird die Antragsgegnerin den Nachweis
führen, dass der Verlust und die Beschädigung der in ihrem Be-
sitz befindlichen Gegenstände nicht auf ihr Verschulden zurückzu-
führen ist. Eine Rückerstattungspflicht der Antragsgegnerin als
Rückerstattungspflichtige scheidet daher gemäss Art. 26 Abs. 2
EKG aus.

2 Eine Rückerstattungspflicht aus Art. 25 EKG scheidet aus, da
eine Weiterverausserung der Gegenstände auch hinsichtlich der für
die Familie Ehrhardt gekauften 3 Tassen nicht stattgefunden hat.

- 2 -

Sollten Ansprüche der Antragsgegnerin gegen die Bundesrepublik bzw. die Feststellungsbehörde bestehen, so ist die Antragsgegnerin bereit, sie an die Antragstellerin abzutreten.

Vorsorglich muss die Antragsgegnerin bestreiten, dass es sich bei den herausverlangten Sachen um Kunstgegenstände gehandelt hat, die von besonderem Wert waren.

Um jedoch die Angelegenheit zu einem vergleichsweisen Abschluss zu bringen, ist die Antragsgegnerin ohne Anerkennung einer Verpflichtung zur Zahlung von DM 100.-- an die Antragstellerin bereit.

T/Sch.
Anl.



Rechtsanwalt.

Aktenzeichen: 2 Wik 611/53

V/Z. 1547 -19

Öffentliche Sitzung

In der -- Rückerstattungs -- Sache --

Johanna M e n k e

Gegenwärtig:

Bev.: RAe. Dres. Krauel, Burchard-Motz,
Deuchler pp., Hamburg

~~XXXXXXXXXXXX~~

~~XXXXXXXXXXXX~~

~~Amts~~

~~Landgerichtsrat~~

Ehrhardt

gegen

als ~~Beklagter~~ Einzelrichter

Luschei, JA.

1. Fraundorfer

2. Ehrhardt

Bev. zu 1) RA. Günter Trautmann, Hbg.

Bev. zu 2) RAe. Dres. Tiefenbacher pp.,
Hamburg

als Urkundsbeamter

der Geschäftsstelle

erschieden bei Aufruf

für Antragsteller RA. Dr. Deuchler

die ~~für~~ Antragsgegner in zu 1) persönlich mit RA. Trautmann

für Antragsgegnerin zu 2) und RAe. Dres. Tiefenbacher pp.; Ref. Sommer, versprach, Untervollmacht nachzureichen,

ferner die Zeugin Kaube

Die Zeugin wurde zur Wahrheit ermahnt und auf die Bedeutung des Eides und die Strafbarkeit einer falschen eidlichen und uneidlichen Aussage hingewiesen und wie folgt vernommen:

Zur Person: Ich heiße Anna Babette K a u b e, geb. Fraundorfer, 64 Jahre alt, Ehefrau, Schwester der Antragsgegnerin zu 1).

Nach

Nach Belehrung über das Aussageverweigerungsrecht zur Aussage bereit.

Zur Sache: Seit unserer Ausbombung im Jahre 1945 wurden wir in der Wohnung meiner Schwester in der Testorpfstrasse 14 aufgenommen. Am 14.4.1945 ging gegenüber von der Wohnung eine Luftmine herunter. Durch den Luftdruck ist ein grosser Teil des Mobiliars sowie alles Geschirr kaputtgegangen. Das Mobiliar konnte teilweise noch gerettet werden, während das Geschirr und Porzellan in Scherben gegangen ist. Wir haben grosse Körbe mit Schutt weggetragen. Es besteht auch die Möglichkeit, dass aus der Wohnung etwas gestohlen worden ist, weil alle Türen beschädigt waren und bei den damaligen turbulenten Verhältnissen eine Kontrolle nicht möglich war. Meine Schwester selbst war schwer verletzt im Krankenhaus.

Auf Befragen des Vertreters der Antragstellerin: Der Luftdruck durch die Mine war so stark, dass das gesamte Parkett sich gehoben hatte und der Deckel des Flügels, der in der hintersten Ecke des Zimmers stand, hochgehoben wurde. Innen im Flügel fanden wir nach dem Angriff zahlreiche Glasscherben auf den Fenstern, die eingedrückt worden waren. Ich betone ausdrücklich, dass von dem vorhandenen Porzellan nichts übrig-geblieben ist, sondern das alles restlos zerstört wurde.

Unter Verzicht auf Vorlesung genehmigt.

Der Vertreter der Antragsgegnerin zu 2) erklärte: Die Antragsgegnerin zu 2) hat einen grossen Teil ihrer Sachen ausgelagert, zum Teil nach Mecklenburg, zum Teil in den Schwarzwald. Die nach Mecklenburg ausgelagerten Sachen sind restlos in Verlust geraten; im Schwarzwald befinden sich noch Gegenstände und die Antragsgegnerin zu 2) ermittelt z.Z., ob sich dort die fraglichen 3 Meissner Tassen befinden. Die Antragsgegnerin zu 2) wird sich unverzüglich über den Verbleib dieser Tassen äussern.

Der

/ Der Vertreter der Antragsgegnerin zu 1) überreichte ein Schreiben des Zeugen Hans Kauke vom 12.4.1954, das zum Gegenstand der Verhandlung gemacht wurde. Er versprach, dem Vertreter der Antragstellerin eine Abschrift dieses Schreibens zuzuschicken.

Beschlossen und verkündet:

1. Der Antragsgegnerin zu 2) wird aufgegeben, bis spätestens 30. April 1954 schriftsätzlich Erklärungen über den Verbleib der im Streit befindlichen Gegenstände abzugeben.
2. Nach Eingang dieser Erklärung wird der Antragstellerin aufgegeben, ihre Anträge gegen die beiden Antragsgegnerinnen zu stellen.
3. Weitere prozessleitende Anordnung nach Erledigung der Auflage zu 1 und 2.

H. J. J.

L. J. J.

Baudirektor

Hans Kauke

überreicht mir Herrgott 7. 36
Nr. 454

Hamburg-Wandsbek,
Holstenhofweg 41
Fernsprecher: 28 63 34

den 12. April 1954

An das
Landgericht Hamburg
H a m b u r g
Sievekingplatz, Ziviljustizgebäude

Betrifft: Sache Frau Johanna Menke
gegen
1) Brigitte Fraundorfer
2) Gertrud Ehrhardt.

Aktenzeichen: 2 Wik 611/53
V/Z. 1547 -19-

Am Mittwoch, d. 14. April 1954, 11 Uhr, bin ich durch eine Amtsleitersitzung bei der Baubehörde unter dem Vorsitz der beiden Senatoren behindert zu dem angesetzten Termin zu erscheinen. Im Einvernehmen mit Fräulein Brigitte Fraundorfer bitte ich daher, meine Aussagen schriftlich machen zu dürfen.

Fräulein Brigitte Fraundorfer ist die Schwester meiner Ehefrau, die gleichfalls zum Termin geladen ist, ich bin also mit der Antragsgegnerin zu 1) verschwägert.

Zur Sache:

Am 13.4.45 wohnte ich mit meiner Ehefrau, da wir in unserer eigenen Wohnung 1 Monat zuvor Totalschaden erlitten hatten, bei meiner Schwägerin in der Tesdorpfstr.4. An diesem Tage fiel eine größere Anzahl von Fliegerbomben in der Nähe der Tesdorpfstraße, u.a. detonierte eine Luftmine in einem unmittelbar vor dem Hause stehenden hohen Baum. Bei dieser Detonation wurden die sämtlichen Fensterscheiben der Vorderfront zerstört, die Schränke in allen Zimmern wurden entweder umgeworfen oder von ihren Plätzen verschoben. Meine eigenen inzwischen wieder erworbenen Porzellansachen wurden dabei erneut zerstört. Es ist mit aller Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß sich unter den bei diesem Angriff zerstörten Porzellansachen auch die früher der Frau Johanna Menke gehörenden Sachen befunden haben. Da meine Schwägerin bei dem Angriff schwer verletzt wurde und für mehrere Wochen in das Krankenhaus mußte, stand meine Ehefrau vor der Aufgabe, in der Wohnung aufzuräumen. An den Porzellantrümmern, die dabei beseitigt wurden, war nicht mehr festzustellen von welchen Gegenständen sie stammten. Da sich diese Porzallansachen aber in den Vorderzimmern befunden hatten und sie sich nachher nicht wieder anfinden, ist mit einer an Sicherheit grenzenden Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß sie bei dem Bombenangriff am 13.4.45 in der Wohnung meiner Schwägerin Fräulein Brigitte Frändorfer, Tesdorpfstr.4, in Verlust geraten sind.

Hans Kauke.

DR. MAX TIEFENBACHER
DR. ERNST FRAMHEIN
DR. MAX STEEGER
DR. OSWALD TIEFENBACHER
RECHTSANWÄLTE

TELEGRAMM-ADRESSE: ADVOKAT. HAMBURG

KONTEN:
LANDESZENTRALBANK HAMBURG 96
FINANZBANK A.-G., HAMBURG
POSTSHECK HAMBURG 420 23
SÄMTLICH UNTER DR. MAX TIEFENBACHER

(24a) HAMBURG 36, DEN
NEUER WALL 10 III. (GUTRUFHAUS)
FERNSPRECHER: SAMMEL-NR. 34 45 21

37
30. April 1954

An das

Landgericht Hamburg
2. Wiedergutmachungskammer

Eingegangen
durch Abendbriefkasten für die
Hamburgischen Gerichte u. d.
Staatsanwaltschaften in Ham.
am: 30. APR. 1954
zwischen Dienstscluß u 24 Uhr

Aktenzeichen : 2 WiK 611/53

In der Rückerstattungssache

Frau Joh. Menke

./.

1.) Frau Brigitte Fraundorfer

/RAe. Dres. Krauel,
Burchard-Motz pp./

/RA. Günter Trautmann

2.) Frau Gertrud Ehrhardt

/RAe. Dres. Tiefenbacher
Framhein Steeger Tiefen-
bacher/

1. Abgiff an d. f. l. l. m. i. für Ziffer 1 und 2. 14. 4. 54
wird für die Antragsgegnerin zu 2) in Erledigung von
Ziffer 1) des Beschlusses vom 14.4.1954 folgendes vor-
getragen :

2. 3. Abg. (Ziffer 1) 28. 3. 54
Die Antragsgegnerin zu 2) hat die streitigen drei
Meissner Tassen wieder aufgefunden. Dennoch kann ein
Anspruch auf Rückerstattung nicht anerkannt werden.
Denn es muss folgendes berücksichtigt werden :

I.

Nach der Rechtsprechung des Board of Review (vergl. Band
13 S. 29, Band 15 S. 71, Band 16 S. 99 und Band 17 S. 103)
unterliegen Vermögensgegenstände der Rückerstattung nur,
wenn ihr Wert im Zeitpunkte des Überganges auf den jetzi-
gen Besitzer mehr als RM 1 000.-- betragen hat. Der
Board of Review begründet seine Rechtsansicht damit,
dass das Rückerstattungsverfahren nicht erst durch den
Erlass des Gesetzes Nr. 59, sondern bereits durch die
schon im Jahre 1947 erlassene allgemeine Verfügung Nr. 10
der Militärregierung (ergangen auf Grund des Gesetzes Nr.
52) eingeleitet wurde. Durch diese allgemeine Verfügung
Nr. 10 wurden nämlich alle diejenigen Personen, die nach
dem 30.1.1933 Judenvermögen erworben hatten, verpflichtet,
dieses Vermögen anzumelden. Ausgenommen von der Anmelde-
pflicht waren aber nach Artikel 1 Abs. 2 der allgemeinen
Verfügung Nr. 10 solche Vermögensgegenstände, deren Wert
zur Zeit des Erwerbes weniger als RM 1 000.-- betrug.
Dass die drei Meissner Tassen aber am Versteigerungstage
einen Wert von über RM 1 000.-- gehabt haben sollen,
kann unmöglich angenommen werden.

- 2 -

II.

Die Antragstellerin kann auch nicht geltend machen, dass es wegen der im Besitz der Antragsgegnerin zu 2) befindlichen drei Meissner Tassen auf die Wertgrenze von RM 1 000.-- hier deshalb nicht ankomme, weil die am Versteigerungstage veräußerten Gegenstände der Antragstellerin in ihrer Gesamtheit einen Wert von über RM 1 000.-- gehabt hätten. Denn die Anmeldepflicht des Artikels 2 der allgemeinen Verfügung Nr.10 erfasst immer nur diejenigen Personen, die in der kritischen Zeit jüdisches Vermögen erworben haben. Ist aber eine Person, die in der kritischen Zeit nur jüdisches Vermögen im Werte von unter RM 1 000.-- erworben hat, nach Artikel 1 Abs.2 der Allgemeinen Verfügung Nr.10 nicht anmeldepflichtig, so besteht gegen sie auch kein Rückerstattungsanspruch. Denn nach der Boardrechtsprechung korrespondieren Anmeldepflicht und Rückerstattungsanspruch miteinander, d.h. wer anmeldepflichtig war (weil er jüdisches Vermögen über RM 1 000.-- erworben hatte) ist rückerstattungspflichtig; wer dagegen nicht anmeldepflichtig war (weil er jüdisches Vermögen im Werte von unter RM 1 000.-- erworben hatte) ist auch nicht rückerstattungspflichtig.

Im übrigen ist es auch nicht so gewesen, dass die gesamten am Versteigerungstage veräußerten Gegenstände der Antragstellerin sämtlich etwa zunächst von der Antragsgegnerin zu 1) erworben worden seien und dass dann der Erblasser der Antragsgegnerin zu 2) erst nachträglich zu einem späteren Zeitpunkt die drei Meissner Tassen von der Antragsgegnerin zu 1) gekauft hätte. Wie sich vielmehr aus dem Schriftsatz der Antragsgegnerin zu 1) vom 22.3.1954 und aus deren persönlicher Vernehmung im Termin am 17.2.1954 ergibt, hat die Antragsgegnerin zu 1) die drei Meissner Tassen von vornherein gar nicht im eigenen Namen, sondern im Auftrage des Erblassers der Antragsgegnerin zu 2) ersteigert. An ihnen erwarb also nicht erst die Antragsgegnerin zu 1) Eigentum, sondern das Eigentum dieser drei Tassen ging von vornherein mit dem Versteigerungsakt auf den Erblasser der Antragsgegnerin zu 2) über.

Da also der Erblasser der Antragsgegnerin zu 2) durch den Versteigerungsakt nur Gegenstände im Werte von unter RM 1 000.-- erworben hat, kann ein Rückerstattungsanspruch gegen die Antragsgegnerin zu 2) nicht anerkannt werden.

III.

Vergleichsweise ist jedoch die Antragsgegnerin zu 2) - ohne Präjudiz - bereit, eine von den drei Meissner Tassen freiwillig herauszugeben.

Für die Antragsgegnerin zu 2) :
Der Rechtsanwalt :

K.

(Handwritten signature)

Dieser Beschluß ist rechtskräftig. - act. 52. -

Der Urkundsbeamte
der Geschäftsstelle

46

11. NOV. 1954

[Handwritten signature]

Justizinspektor

Landgericht Hamburg,

2. Wiedergutmachungskammer.

2 WAK 611/1953

V/Z. 1547 -19-

Beschluss.

In der Rückerstattungssache

der Frau Johanna M e n k e , New York,
als Executrix für den Nachlaß des verstor-
benen Arthur M e n k e ,

Antragstellerin,

Bevollmächtigte: Rechtsanwälte Dres. Krauel,
Burchard-Motz, Deuchler, Krauel, Hamburg,
gegen

1) Ausfertigung an:

2. x Parteien

2. x B. iligte
mit Urkunden

2) + 1 Abschrift an

Landgericht

1. x. x. Kants.

Grundbuchamt

1. Zentralamt

mit CC 15

3) Form B ab zu

*ab am
23. 8. 54
Li*

1) Brigitte F r a u n d o r f e r ,
Hamburg 13, Tesdorpstraße 14,

2)

Antragsgegnerin,

Bevollmächtigter: Rechtsanwalt Günter Trautmann,
Hamburg 13, Johnsallee 2,

hat die 2. Wiedergutmachungskammer des Landge-
richts Hamburg nach mündlicher Verhandlung durch
folgende Richter:

1. Landgerichtsdirektor Dr. Roscher,
2. Amtsgerichtsrat Ehrhardt,
3. Assessor Dr. Baden

am 15. Juli 1954 beschlossen:

I. Die Antragsgegnerin zu 1) wird
verurteilt, ihre sämtlichen Kriegssach-
schädenansprüche, insbesondere auf Grund
des Lastenausgleich-Gesetzes, bezüglich
folgender Gegenstände an die Antragstel-
lerin abzutreten, die durch Kriegseinwirkung

am

Ho.

23. Juli 1954

am 14. April 1945 in ihrer Wohnung Hamburg 13, Tesdorpstraße 14 vernichtet worden sind:

- 1 Deckeltasse
- 1 Fayence-Terrine ohne Deckel mit Teller
- 5 Tassen
- 6 Tassen ohne Untertassen.

II. Die weitergehenden Ansprüche der Antragstellerin werden zurückgewiesen.

III. Der Beschluß ergeht gerichtskostenfrei, außergerichtliche Auslagen werden nicht erstattet.

G r ü n d e .

Die Antragstellerin ist Alleinerbin ihres am 8. Juni 1940 verstorbenen Ehemannes Arthur Menke. Der Erblasser war Jude. Sein Vermögen wurde vom Deutschen Reich auf Grund der 11. ~~AVO~~ zum RBG eingezogen. Die Wohnungseinrichtung des Erblassers und seine Kunstsammlung wurden im Auftrage des Oberfinanzpräsidenten Hamburg durch das Gerichtsvollzieheramt Hamburg am 17., 18. und 19. Dezember 1942 versteigert. In dieser Versteigerung erwarb die Antragsgegnerin zu 1) die in der Beschlußformel aufgeführten Gegenstände. Ferner ersteigerte sie im Auftrage eines Herrn Ehrhardt drei Tassen mit Doppelhenkel zum Preise von 920.- RM. Sie lieferte diese Tassen an ihren Auftraggeber gegen Erstattung des verauslagten Versteigerungsbetrages ab.

Die Antragstellerin hat frist- und formgerecht Rückerstattungsansprüche nach dem Gesetz Nr. 59 der britischen Militärregierung angemeldet. Sie hat beantragt, die Antragsgegnerin zu 1) zur Zahlung von 1150.- DM zu verurteilen.

verurteilen.

Die Antragsgegnerin zu 1) hat zugegeben, die Gegenstände in der Versteigerung erworben zu haben. Sie macht jedoch geltend, daß diese Sachen am 14. April 1945 in ihrer Wohnung in der Tesdorpfstraße in Hamburg bei einem Bombenangriff vernichtet worden seien.

Die Kammer hat Beweis erhoben gemäß Beweisbeschluß vom 29. März 1954 durch Vernehmung der Zeugin Kaube. Ferner ist die Antragsgegnerin zu 1) persönlich gehört worden. Auf die Niederschriften wird Bezug genommen.

Es steht außer Zweifel, daß die Gegenstände, die dem Erblasser der Antragstellerin gehörten, vom Deutschen Reich ungerechtfertigt ^{entzogen} worden sind. Die Antragsgegnerin zu 1) hat diese ungerechtfertigt entzogenen Gegenstände erworben und wäre daher gemäß Art. 11 REG rückerstattungspflichtig, wenn die Sachen noch vorhanden wären. Da die Sachen nicht mehr in Natur zurückgegeben werden können, ist die Antragsgegnerin zu 1) gemäß Art. 26 II REG schadensersatzpflichtig, soweit sie nicht den Nachweis führen kann, daß der Untergang der Sachen von ihr nicht verschuldet ist.

Nach der Überzeugung der Kammer hat die Antragsgegnerin zu 1) diesen Nachweis geführt. Wie sich aus der Aussage der Zeugin Kaube ergibt, hat die Antragsgegnerin zu 1) am 14. April 1945 in ihrer Wohnung Tesdorpfstraße 14 Bombenschaden gehabt. Gegenüber ihrer Wohnung ging eine Luftmine herunter und durch den Luftdruck ist ihre Wohnung schwer beschädigt worden. Sämtliches Geschirr und Porzellan ist in Scherben gegangen. Die Kammer hat keine Veranlassung, an dieser Aussage Zweifel zu haben. Ihre Angaben werden durch die Antragsgegnerin zu 1), sowie den nicht von der Kammer vernommenen Ehemann der Zeugin Kaube, der sich nur schriftsätzlich

lich

lich geäußert hat, bestätigt. Damit sieht die Kammer es als erwiesen an, daß die Gegenstände ohne Verschulden der Antragsgegnerin zu 1) untergegangen sind. Damit entfällt eine Schadensersatzpflicht gemäß Art. 26 II REG.

Gemäß Art. 25 II REG ist die Antragsgegnerin zu 1) verpflichtet, einen Ersatzanspruch, den sie für den Verlust der Gegenstände erworben hat, an die Antragstellerin abzutreten. Als Ersatzanspruch kommen hier lediglich die Ansprüche wegen Kriegssachschäden, insbesondere die Ansprüche auf Grund des Lastenausgleichgesetzes in Betracht. Zur Abtretung dieser Ansprüche war die Antragsgegnerin zu 1) daher zu verurteilen.

Soweit die Antragsgegnerin zu 1) Gegenstände in fremdem Auftrag erworben hat, bestehen keine Rück- erstattungsansprüche. Die Antragstellerin hat gegen die Rechtsnachfolgerin des damaligen Erwerbers einen Individualanspruch geltend gemacht und sich insoweit am 19. Mai 1954 verglichen. Etwaige Ersatzansprüche gegenüber der Antragsgegnerin zu 1) bestehen daher insoweit nicht.

Die Kostenentscheidung beruht auf Art. 63 in Verbindung mit § 7 der II.AVO zum REG.

Plönner Hoffmann H. Peden

In bezeichneter Rechtsangelegenheit ist bis zum 31. Okt. 1954 einschl. eine Rechtsmittelschrift bei dem Hanseatischen Oberlandesgericht nicht eingereicht worden.

Hamburg, den 2. Nov. 1954

Die Geschäftsstelle
Hanseatischen Oberlandesgerichtes



W. H. H. H.
Justizinspektor

F.d.A.

Landgericht Hamburg
2. Wiedergutmachungskammer

2. WK 611/53
V/Z. 1547-19

Hamburg, den 5. April 1955.

Kostenfestsetzungsbeschluss

in der Rückerstattungssache

der Frau Johanna M e n k e , New York,

Antragstellerin,

Bev.: RAe. Dres. Krauel, Burchard-Motz pp., Hamburg,

gegen

1.) Frau Brigitte Traundorfer, Hamburg 13,
Tesdorpfstr. 14

Bev.: RA. Günter Trautmann, Hamburg,

2.)

Antragsgegner.

Die von der Antragsgegnerin zu 1) an ihren Prozessbevollmächtigten, Rechtsanwalt Günter Trautmann, Hamburg 13, Johnsallee 2, zu erstattenden Prozesskosten werden gemäß § 86 a RAGebO. festgesetzt auf

DM 50,21.

Der weitergehende Antrag wird aus folgenden Gründen abgelehnt :

Die Gebühren errechnen sich nach dem von der Kammer festgesetzten Streitwert von DM 300,—; die volle Gebühr beträgt demnach DM 15,—. Die Gebühr nach § 23 Ziff. 3 RAGebO. beträgt DM 2,—, die Umsatzsteuer errechnet sich nach einem Wert von DM 48,29 = DM 1,93.

+ Die Zwangsvollstreckung aus diesem Beschluss ist erst eine Woche nach Zustellung zulässig.

Der Urkundsbeante der Geschäftsstelle.

F r i c k e ,
Justizinspektor.

Mk.

2. Wiedergutmachungskammer

Aktenzeichen: 2 Wk 611/53

V. 1. 1947 - 19

Öffentliche Sitzung

In der - Rückerstattungs - Sache -

Gegenwärtig:

~~Landgerichtsrat~~~~Landgerichtsrat~~

Landgerichtsrat

Richardt

als Vorsitz.

~~Einzelrichter~~

Luchtel, JA.

als Urkundsbeamter

der Geschäftsstelle

der Frau Johanna Henke,
New York,
als Executrix für den Nachlass
des verstorbenen Arthur Henke.

Antragstellerin

Rev. Rechtsanwälte Dree, Krauel, Bur-
chard-Witz, Deuchler, Krauel, Hamburg

gegen

1. Brigitte Fraenderfer,
Hamburg 13, Teudorpfatr. 14.

2. Gertrud Bernhardt,
Hamburg 39, Leipziger 76.

Antragsgegnerinnen

Rev. zu 1): Rechtsanwalt Gunter Trautzmann,
Hamburg.

Rev. zu 2): Hae. Pros. Niefenbecher,
Frankfurt pp., Hamburg

erschieden bei Aufruf

für Antragsteller in Hae. Dr. Deuchler

für Antragsgegner in zu 1): niemand

" " in zu 2): Hae. Dr. Kunick

Die Antragstellerin und die Antragsgegnerin zu 2)
schlossen folgenden

Vergleich:

Zur Abgeltung aller Rückerstattungsansprüche der Antrag-
stellerin gegen die Antragsgegnerin zu 2) in diesem Ver-
fahren zahlt die Antragsgegnerin zu 2) an die Antrag-
stellerin einen Betrag von

RM 200.-- (gezahlte Deutsche Mark).

Der